

FDP | 11.12.2014 - 12:45

## Quote ist falsche Antwort



Nach monatelangen Kontroversen zwischen der SPD und der Union hat die Frauenquote am Donnerstag das Kabinett passiert. Der Entwurf schreibt ab 2016 für die Aufsichtsräte von Großunternehmen eine Frauenquote von 30 Prozent vor. Für die Familienministerin ist er ein Meilenstein. Für FDP-Präsidiumsmitglied Katja Suding bleibt die Quote die falsche Antwort auf dem Weg zur Gleichberechtigung: "Deutschland braucht keine Quotenfrauen, sondern eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Karriere."

Der Gesetzentwurf sieht ab 2016 Sanktionen vor, wenn große mitbestimmungspflichtige Aktienkonzerne bei Neubesetzungen im Aufsichtsrat nicht mindestens einen Frauenanteil von 30 Prozent erreichen. Auch etwas kleinere Unternehmen und der öffentliche Dienst sollen den Frauenanteil in ihren Chefetagen erhöhen und regelmäßig über ihre Fortschritte berichten. Sollte die Quote verfehlt werden, müssen Aufsichtsratsposten zur Strafe unbesetzt bleiben. Die Bundesverwaltung wird in dem Gesetz lediglich dazu verpflichtet, sich für jede einzelne Führungsebene konkrete Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauen- oder Männeranteils zu setzen - der Öffentliche Dienst bleibt also von der Quote ausgenommen.

## Frauen wollen durch ihre eigene Leistung vorankommen

Frauenministerin Manuela Schwesig (SPD) sagte: "Mit diesem Gesetz kommt ein Prozess in Gang, der Führungs- und Unternehmenskultur in unserem Land verändern wird." Die Liberalen sind überzeugt, dass die Führungs- und Unternehmenskultur eher durch bessere Vereinbarkeit von Familie und Karriere verändert werden könnte - und nicht durch Gängelung.

[Katja Suding](#) [1] ist überzeugt, dass eine solche Vereinbarkeit "Freiräume für viele und nicht Vorstandsposten für wenige" schaffe. Überdies gilt für sie: "Frauen wollen durch ihre eigene Leistung vorankommen und nicht durch ein staatliches Plansoll. Viele Unternehmen haben das längst erkannt und umgedacht. Deshalb ist die Frauenquote vor allem ein Gängelband für Unternehmen und Mittelstand, die mit Berichtspflichten zusätzlich belastet werden." Mit Blick auf die Regelung für den Öffentlichen Dienst moniert die FDP-Fraktions- und Landeschefin: "Die Verwaltung ist hingegen fein raus. Offensichtlich geht es also auch ohne gesetzliche Quote."

---

**Quell-URL:** <https://www.liberales.de/content/quote-ist-falsche-antwort>

### Links

[1] <https://www.facebook.com/suding>